

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

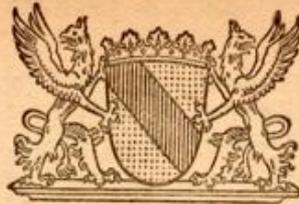
Badische Gesetz- und Verordnungsblätter - digitalisiert

Land Baden

Karlsruhe, 1803 - 1952

Nummer 29

[urn:nbn:de:bsz:31-33161](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-33161)



BADISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

Regierungsblatt der Landesregierung Baden

3. Jahrgang

Freiburg i. Br., 25. August 1948

Nummer 29

Inhalt

Landesverordnungen, Bekanntmachungen, Personalveränderungen

| | Seite |
|---|-------|
| Landesverordnung vom 12. August 1948 zur Änderung der Tarifsätze im Güternahverkehr | 101 |
| Bekanntmachung vom 18. August 1948 über den Urlaub der Bediensteten des öffentlichen Dienstes im Urlaubsjahr 1948 | 102 |
| Bekanntmachung vom 13. August 1948 über die Errichtung eines Landeskulturamts | 102 |
| Bekanntmachung vom 20. August 1948 über den Aufruf von Kleingeldzeichen | 103 |
| Personalveränderungen | 103 |
| Inhaltsverzeichnis des Amtsblatts des französischen Oberkommandos in Deutschland Nr. 189 bis 192 | 104 |

Beilage

(Siehe Notizen im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 24 vom 30. Juni 1948 auf Seite 76 und im Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 28 vom 14. August 1948 auf Seite 99)

| | |
|---|-----|
| I. Endgültige Entscheidungen im Verfahren der politischen Säuberung (75. Fortsetzung) | |
| A. Urteile im Spruchkammerverfahren | 361 |
| B. Mitläufer-Begünstigte der Verordnung 133 | 372 |
| C. Jugendamnestie | 376 |
| D. Entscheidungen im Verwaltungsverfahren ohne Sühnemaßnahmen | 377 |
| E. Berichtigungen | 392 |
| II. Druckfehlerberichtigung | 392 |

Am 21. August 1948 wurde zum Badischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 28 vom 14. August 1948 eine Beilage II (74. Veröffentlichung) ausgegeben.

Landesverordnung

zur Änderung der Tarifsätze im Güternahverkehr vom 12. August 1948

Auf Grund des § 2 des Preisbildungsgesetzes vom 29. Oktober 1936 (RGBl. 1936 I S. 927) wird nach Anhörung des Verwaltungsrates der Deutschen Beratenden Preiskommission für die französische Zone für das Land Baden angeordnet:

§ 1

(1) Die Vergütungssätze der Anlage (Preistafel) zur Verordnung über Höchstpreise für Fahrleistungen mit Kraftfahrzeugen im Nahverkehr (NVP) vom 15. Januar 1940 (RGBl. I S. 115) in der Fassung der 7. Anordnung zur Änderung und Ausführung der Nahverkehrspreisverordnung vom 2. Dezember 1943 (Mitt.-Bl. I S. 738) werden gegenüber dem Stand vom 1. Januar 1944 wie folgt erhöht:

bei Teil I (Tages- und Kilometersätze) um 19 %
bei Teil II (Stundensätze) um 7 %

bei Teil III für das Rechnungsgewicht (in Tonnen)

| von über | bis zu | um | % |
|----------|--------|------|--------|
| 1 t | 2 t | 22 | 22 % |
| 2 t | 3 t | 23 | 23 % |
| 3 t | 4 t | 24 | 24 % |
| 4 t | 5 t | 25 | 25 % |
| 5 t | 6 t | 26 | 26 % |
| 6 t | 7 t | 27 | 27 % |
| 7 t | 8 t | 28 | 28 % |
| 8 t | 9 t | 29 | 29 % |
| 9 t | 10 t | 30 | 30 % |
| 10 t | 11 t | 31,5 | 31,5 % |
| 11 t | 12 t | 32 | 32 % |
| 12 t | 13 t | 32,5 | 32,5 % |
| 13 t | 14 t | 33 | 33 % |
| 14 t | 15 t | 33,5 | 33,5 % |
| 15 t | 16 t | 34 | 34 % |
| 16 t | 17 t | 34,5 | 34,5 % |
| 17 t | 18 t | 35 | 35 % |
| 18 t | 19 t | 35,5 | 35,5 % |
| 19 t | 20 t | 36 | 36 % |
| 20 t | 21 t | 36,5 | 36,5 % |
| 21 t | 22 t | 37 | 37 % |
| 22 t | 23 t | 37,5 | 37,5 % |
| 23 t | 24 t | 38 | 38 % |
| 24 t | 25 t | 38,5 | 38,5 % |
| 25 t | 26 t | 39 | 39 % |

Badische Landesbibliothek

(2) Die hiernach errechneten Vergütungssätze dürfen nicht überschritten werden, soweit nicht die Preisbildungsstelle nach Anhörung der Abrechnungsstelle des Güterkraftverkehrs Ausnahmen genehmigt.

§ 2

(1) Bei Verwendung von Anhängern wird die Vergütung nach Teil I und II der Preistafel von der zusammengerechneten Nutzlast des Zugfahrzeuges und des oder der Anhänger berechnet.

(2) Die bisherigen Vergütungssätze für Anhänger (Abschnitt B, Teil I und II der Preistafel) kommen in Fortfall.

(3) Ist der Halter des Anhängers ein anderer als der des Zugfahrzeuges, so gebührt ihm bei Abrechnung nach Teil I und II die Hälfte des durch den Einsatz des Anhängers erzielten Mehrerlöses.

§ 3

Die Preisbildungsstelle ist ermächtigt, den Abrechnungsstellen des Güterkraftverkehrs für Bezirke gebirgigen Charakters die Abgeltung der nach Ziffer 8 der Anordnung zur Ausführung der NVP zu erhebenden Geländezuschläge durch Berechnung eines Pauschalzuschlages von 10% auf die Vergütungssätze der Teile I und III zu genehmigen.

§ 4

Für die Beförderung von Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Ernährung müssen auf die nach §§ 1 und 2 dieser Landesverordnung höchstens zulässigen Sätze mindestens 15% Abschlag gewährt werden.

§ 5

Die Landesverordnung tritt am 1. August 1948 in Kraft.

Freiburg i. Br., den 12. August 1948.

Badisches Ministerium der Wirtschaft und Arbeit

Dr. Lais

Bekanntmachung

über den Urlaub der Bediensteten des öffentlichen Dienstes im Urlaubsjahr 1948

vom 18. August 1948

Der Urlaub der Bediensteten des öffentlichen Dienstes für das Urlaubsjahr 1948 (1. April 1948 bis 31. März 1949) wird wie folgt geregelt:

1. Soweit nach den geltenden Vorschriften der Urlaub 35 Tage nicht überschreitet, bleibt es bei der bestehenden Regelung.

2. Urlaub von mehr als 35 Tagen wird nicht gewährt.

3. Im übrigen gelten die bestehenden Urlaubsbestimmungen unverändert weiter.

4. Der Urlaub für 1948 darf bis zum 30. Juni 1949 nachgeholt werden, soweit Angehörige des öffentlichen Dienstes infolge dienstlicher starker Inanspruchnahme ihren Urlaub für 1948 bis 31. März 1949 nicht oder noch nicht in vollem Umfang in Anspruch nehmen konnten.

Urlaub für das Urlaubsjahr 1948, der bis zum 30. Juni 1949 nicht beansprucht wurde, wird auf das Urlaubsjahr 1949 (1. April 1949 bis 31. März 1950) nicht übertragen.

5. Den Bediensteten des öffentlichen Dienstes, die als Opfer des Nazismus anerkannt sind und die sich während der nationalsozialistischen Herrschaft mehr als drei Monate in politischer Haft befunden haben, kann auf Antrag ein Zusatzurlaub von sechs Werktagen gewährt werden.

Freiburg i. Br., den 18. August 1948.

Die Landesregierung:

Wohleb

Bekanntmachung

über die Errichtung eines Landeskulturamtes

vom 13. August 1948

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 18. Dezember 1947 auf den Vortrag des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 3. Dezember 1947 Nr. A 5464 dem Antrag zugestimmt, daß mit sofortiger Wirkung in Unterordnung unter das Ministerium des Kultus und Unterrichts ein Landeskulturamt errichtet wird, dem als Obere Denkmal- und Naturschutzbehörde die Aufgabe zufällt,

1. die seinem Geschäftsbereich angehörenden Behörden,
 - das Landesamt für Denkmalpflege und Heimatschutz,
 - das Landesamt für Ur- und Frühgeschichte,
 - das Landesamt für Museen, Sammlungen und Ausstellungen,
 - das Landesarchivamt,
 - das Landesamt für Bibliotheken,
 - das Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege,

mit Weisungen für die Erledigung ihrer Geschäfte zu versehen und gegenüber Maßnahmen, Verfügungen und Entscheidungen dieser Behörden die erste Rechtsmittelinstanz zu bilden,

2. die durch Rechts- oder Verwaltungsvorschriften oder durch Zuweisung seitens des Ministeriums des Kultus und Unterrichts allgemein oder im Einzelfall ihm übertragenen Aufgaben sowie solche Geschäfte zu erledigen, die auf Grund seiner organisatorischen Stellung im Bereich der Denkmalpflege und des Naturschutzes in seinen Aufgabenkreis gehören.

Die Diensträume des Landeskulturamts befinden sich vorerst Schloßbergstraße 15 (Fernsprechnummer 2256 und 2382)

Freiburg i. Br., den 13. August 1948.

Badisches Ministerium des Kultus und Unterrichts

I. V.: Fleig

Bekanntmachung

über den Aufruf von Kleingeldzeichen

vom 20. August 1948

Auf Grund von § 4 Abs. 2 des Zweiten Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz) werden folgende Noten, Münzen und Behelfsgeldscheine

zum 31. August 1948

aufgerufen:

1. Die Marknoten der Alliierten Militärbehörde im ursprünglichen Nennwert von
 - 1 Mark, die 10 Deutsche Pfennige gelten,
 - $\frac{1}{2}$ Mark, die 5 Deutsche Pfennige gelten.
2. Die Rentenbankscheine im ursprünglichen Nennwert von
 - 1 Rentenmark, die 10 Deutsche Pfennige gelten.
3. Die Münzen im ursprünglichen Nennwert von
 - 5 Reichspfennig, die $\frac{1}{2}$ Deutschen Pfennig gelten,
 - 1 Reichspfennig, die $\frac{1}{10}$ Deutschen Pfennig gelten,
 - 1 Rentenpfennig, die $\frac{1}{10}$ Deutschen Pfennig gelten.
4. Behelfsgeldscheine der Länder der französischen Besatzungszone, die nur in der französischen Zone gesetzliche Zahlungskraft besitzen, im ursprünglichen Nennwert von
 - 5 Pfennig, die $\frac{1}{2}$ Deutschen Pfennig gelten.

Die aufgerufenen Geldzeichen verlieren mit Ablauf des 31. August 1948 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Sie werden im Auftrage der Bank deutscher Länder von den Landeszentralbanken der

amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone bis zum 30. September 1948 auf Verlangen gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht

Mit Ablauf des 30. September 1948 erlischt jeder Anspruch aus den aufgerufenen Noten, Münzen und Behelfsgeldscheinen.

Frankfurt a. M., den 17. August 1948.

Bank Deutscher Länder

gez. Vocke gez. Könniker

Dieser Aufruf wird hiermit bekanntgegeben.

Freiburg i. Br., den 20. August 1948.

Landeszentralbank von Baden

Hinckel Reinel

Personalveränderungen

Aus dem Bereich des Badischen Ministeriums des Innern

In den Ruhestand versetzt:

Regierungsobersinspektor Matthäus Limberger beim Landratsamt Lahr.

Regierungsobersinspektor Ernst Kaiser beim Landratsamt Waldshut.

Regierungsobersinspektor Rudolf Maus beim Landratsamt Neustadt.

Regierungsinspektor Bernhard Volz beim Landratsamt Rastatt.

Regierungsinspektor Wilhelm Götz beim Landratsamt Lörrach.

Regierungsobersekretär Johannes Dörsam beim Landratsamt Bühl.

Aus dem Bereich des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Rektor Julius Rothenberger in Freiburg i. Br. zum Regierungsrat im Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Studienrat a. D. Gustav Bier an der Pädagogischen Akademie Gengenbach zum Studienrat.

Aus dem Bereich des Badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit

Ernannt:

Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Arbeit, Dr. Franz Xaver Rappenecker, zum Ministerialrat.

Befördert:

Regierungsrat Adolf Rösch, Leiter des Arbeitsamts Lörrach, zum Oberregierungsrat.

Inhaltsverzeichnis

Nr. 192

| des Amtsblatts des französischen Oberkommandos in Deutschland | Seite | Verordnungen, Verfügungen und Anordnungen des Commandement en Chef Français en Allemagne | Seite |
|--|-------|--|-------|
| Nr. 189/190/191 | | Anordnung Nr. 88 des Commandant en Chef vom 12. August 1948 zur Durchführung der Verordnung Nr. 96 und Anordnung der Zwangsverwaltung | 1639 |
| Verordnungen, Verfügungen und Anordnungen des Commandement en Chef Français en Allemagne | Seite | Anordnung Nr. 89 des Commandant en Chef vom 12. August 1948 über Anordnung einer Zwangsverwaltung | 1641 |
| Anordnung H 11 vom 13. Juli 1948 über die Zuteilung von Erzeugnissen, die zur Zuständigkeit der Abteilung Papier der Sous-Direction du Bois et des Industries Diverses gehören, unter Aufhebung und Ersetzung der Anordnung H 2 | 1635 | Anordnung Nr. 90 des Commandant en Chef vom 12. August 1948 über Anordnung einer Zwangsverwaltung | 1642 |
| Anordnung F 2 , Berichtigung | 1637 | Anordnung Nr. 91 des Commandant en Chef vom 14. August 1948 über den Verkehr deutscher Kraftfahrzeuge bei Nacht | 1643 |
| Mitteilung an die Abonnenten | 1637 | Anordnung Nr. 87 , Berichtigung | 1643 |
| Veröffentlichungen des Journal Officiel | 1638 | Communique | 1644 |
| Amtliche Bekanntmachungen | 417 | Mitteilung an die Abonnenten | 1646 |
| | | Veröffentlichungen des Journal Officiel | 1646 |
| | | Amtliche Bekanntmachungen | 437 |